

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Schwieriges Jahr für Europa  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093070>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Schwieriges Jahr für Europa

Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war ein Jahr mit so vielen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten in der internationalen Politik und im Welthandel behaftet wie das angelaufene. Statt der erhofften Ruhe bringt der Zerfall der Sowjetunion heute noch unüberschaubare Gefahren und Belastungen für die westliche Welt, die sich bereits überfordert fühlt, die vielschichtigen politischen und wirtschaftlichen Krisen im östlichen Teil Europas und auf dem Balkan zugleich bewältigen zu können.

Neben diesen explosiven Problemfeldern könnte sich der Nahostkonflikt erneut verschärfen und ein missglückter Reformversuch in Südafrika zu starken Spannungen zwischen Schwarzen und Weissen führen. Ein neues Phänomen auf der Krisenpalette ist nun die enorm gross gewordene finanzielle Kraft der Drogen-Mafias. Der Einsatz «gewaschener» Drogenmilliarden in den Industrieländern wird bereits gefürchtet. Der hinter den Kulissen einer höflichen Diplomatie tobende amerikanisch-japanische Handelskrieg fördert die Rezession in den USA, vor deren Auswirkungen auch Europa nicht verschont bleiben kann.

## In dieser Nummer

Anstelle einer Buchbesprechung . . . . .	4
Zu P. Sagers «Nationalismus – die neue Gefahr?»	
Medien im kalten Krieg . . . . .	6
Medien-Network der Geheimdienste	
Der Brückenschlag . . . . .	8
Ständerat W. Loretan zum Osteuropakredit	
Kinderhaus Nr. 7 . . . . .	10
Pfarrer E. Voss berichtet	
Das Interview . . . . .	13
«Rumänien ist ein autoritärer Staat»	
Unsere Serie . . . . .	14
Usbekistan	

### Nuklearwaffen als Druckmittel?

Mit dem Ende der Sowjetunion scheint zwar der bipolare Konflikt zwischen Moskau und Washington vorläufig beseitigt zu sein. Damit verschwinden aber die 30 000 sowjetischen strategischen Atomwaffen noch nicht. Dass dieses riesige Atomarsenal in vier der Nachfolgestaaten der UdSSR (Russland, Ukraine, Weissrussland und Kasachstan) stationiert ist und eine gleich grosse Zahl von taktischen Atomwaffen auch andere unabhängig gewordene ehemalige Sowjetrepubliken besitzen, beunruhigt verständlicherweise die USA und Europa aus zwei Gründen:

1. Wenn die bereits sichtbaren Gegensätze zwischen Jelzins Russland und anderen Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sich zuspitzen, ist es nicht unvorstellbar, dass die Nuklearwaffen als politisches Druckmittel eingesetzt werden. Der mühsam beigelegte Streit zwischen Russland und der Ukraine um die Schwarzmeerflotte hat schnell zutage gefördert, dass Jelzin – was die strategischen Waffen betrifft – auf absolutem Führungsanspruch besteht, der von den anderen GUS-Präsidenten nicht ohne Vorbehalt akzeptiert wird. Die Schwarzmeerflotte zählt 300 Kriegsschiffe, von denen viele mit Atomraketen bestückt sind.
2. Der innere Konflikt zwischen den GUS-Staaten könnte auch dazu führen, dass politisch labile muslimische Republiken kleinere, taktische Atomwaffen beispielsweise ihren ebenfalls muslimischen Nachbarländern Irak und Iran verkaufen. Auch könnte die Gefahr entstehen, dass arbeitslose sowjetische Atomwissenschaftler sich in Länder absetzen, deren Regierungen bereit sind, jeden Preis für den Besitz von Atomwaffen zu bezahlen.

### Militärputsch nicht auszuschliessen

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist die künftige Haltung der fast noch intakten Sowjetarmee, die nun unter das gemeinsame Kommando der GUS-Staaten gestellt werden soll. Diese Armee, deren politischer Standort heute noch unklar ist, stellt nach wie vor einen Machtfaktor auf dem ganzen Staatsgebiet der ehemaligen Sowjetunion dar. Wie labil die Lage in einzelnen Republi-

ken ist, zeigen die jüngsten Ereignisse in Georgien. Falls das GUS-Experiment zu politischem und wirtschaftlichem Chaos führt, wäre es durchaus möglich, dass die zentral gesteuerte Sowjetarmee versuchen würde, die Macht an sich zu reißen und das alte Staatssystem zu restaurieren, um selbst überleben zu können.

### Wirtschaftshilfe immer dringlicher

Chaotische Verhältnisse könnten auch im mächtigsten GUS-Staat, in Russland, entstehen, wenn Jelzin und seine Regierung den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht verhindern können. Angesichts der enormen Schwierigkeiten der Osteuropäer beim Übergang zur Marktwirtschaft ist kaum zu erwarten, dass deren Lösung in Russland leichter gelingt. Nach mehr als 70 Jahren Misswirtschaft fehlt beinahe alles, was zur Einführung der privaten Marktwirtschaft unerlässlich ist, vor allem aber Kapital und Know-how; denn nur durch den Erlass von Gesetzen kann eine neue Wirtschaftsordnung nicht von heute auf morgen eingeführt werden, und für Experimente fehlt die Zeit, weil bei jedem Fehlgriff politische Unruhen drohen. Ohne ausreichende finanzielle Hilfe und direkte Vermittlung von Know-how durch den Westen wird es wahrscheinlich gar nicht gehen.

Aber die Haltung der westlichen Industrieländer gegenüber den ehemaligen kommunistischen Ländern scheint sehr inkonsequent. Während der letzten zwei Jahrzehnte konnten die Sowjetunion und ihre Satelliten beinahe uneingeschränkt billige westliche Kredite erhalten, ohne dafür ihre Märkte westlichen Waren öffnen zu müssen. Die Kreditvergaben waren politisch motiviert – ein lukratives Geschäft war es für die Gläubiger nicht. Jetzt aber sind die westlichen Kreditgeber überraschend vorsichtig und zurückhaltend geworden, obwohl für jedermann klar sein dürfte, dass die politische Stabilisierung neuer demokratischer Regierungen ohne massive westliche Unterstützung kaum lösbar sein wird.

### Keine Bevorzugung Russlands

Zu diesem Schluss sind inzwischen auch die westlichen Industrienationen gekommen

## LIEBE LESER

und haben erst jüngst in Washington Hilfsmassnahmen insbesondere auf den Gebieten Nahrungsmittel, Energie, Gesundheit und technische Hilfe beschlossen.

Die genaue Analyse der Wirtschaftskrisen im früheren Herrschaftsbereich der ehemaligen Sowjetunion muss dabei zur vorrangigen Aufgabe der führenden westlichen Regierungen werden. Aber aus sicherheitspolitischen Überlegungen die Wirtschaftshilfe an Bedingungen zu knüpfen – wie die Forderung nach Einstellung der Atomwaffenproduktion und der Sicherstellung der Kontrolle über einsatzbereite Atomwaffen – ist zwar richtig und notwendig, doch dadurch primär Russland vor allen anderen unabhängigen GUS-Staaten zu fördern wäre falsch und zudem riskant; denn auch das zaristische Russland war immer eine Bedrohung für seine Nachbarvölker.

### Fragwürdige Jugoslawien-Politik

Gerade diese Tendenz aber beherrscht die amerikanische, britische und französische Jugoslawien-Politik, die bei der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens mehr als nur zurückhaltend waren und damit indirekt die Serben gegenüber den anderen Republiken bevorzugten. Den Zerfall Jugoslawiens hat niemand anders als die serbische Republik selbst mit ihrem Vormachtanspruch (wovor schon Tito warnte) und mit dem Festhalten am kommunistischen System verursacht.

Durch die damalige Nichtanerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens haben die USA und die EG-Staaten im Sommer vergangenen Jahres die Serben und die von Serben beherrschte jugoslawische Bundesarmee geradezu ermutigt, Kroatien militärisch anzugreifen. Mit der randalistischen Kriegsführung hat aber Belgrad jede Chance verwirkt, die Einheit Jugoslawiens wiederherzustellen. Zugleich ist nämlich auch klar geworden, dass die Belgrader Pläne für ein «Grossserbien» höchstens von Montenegro toleriert würden.

Früher als erwartet hat der Fall Jugoslawien vermutlich auch in Bonn und Paris deutlich gemacht, dass die angestrebte politische Union der EG-Staaten derzeit nur eine Illusion ist. Wenn überhaupt, so wäre die Verwirklichung dieses Vorhabens bis vor zwei

Jahren im geteilten Europa noch machbar gewesen. Der plötzliche Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die politische Konstellation in Europa aber stark verändert.

Die Angst vor der wirtschaftlichen Übermacht eines seine aussenpolitische Handlungsfähigkeit wiedergewonnen Deutschlands hat vor allem in London und Paris deutlich gezeigt, dass die Vorstellungen über die Gestaltung des künftigen Europa stark divergieren. Daraus aber kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es bei der Definition der weltpolitischen Rolle einer europäischen Union zu weit grösseren Differenzen kommen könnte als beispielsweise bei der Lösung der jugoslawischen Frage. Und eine in den einzelnen Ländern mit verschiedener Intensität auftretende wirtschaftliche Rezession könnte die Interessengegensätze noch weiter vertiefen. ■

### Nichts gelernt

Eigentlich sollten wir ja aus der jüngsten Geschichte gelernt haben: Heute wird Selbstkritik in Sachen Appeasement gegenüber dem seinerzeitigen «Osten» geübt, und zuweilen wird gar in US-Präsident Reagans Konfrontationspolitik gegenüber Moskau (mit Recht) eine Ursache der Schwächung und schliesslich Auflösung dieses Unrechtssystems gesehen. Sicherlich kann Politik sich nicht nur nach der Menschenrechtslage in den jeweiligen Ländern richten – Iran ist ein Beispiel dafür, dass der Sturz autoritärer Regime nicht zu freiheitlicher Demokratie führen muss, sondern noch schlimmere totalitäre Diktaturen bringen kann. Politik muss deshalb differenziert gestaltet werden. Im Falle Chinas ist das nicht anders. Treffen Meldungen über eine zaghafte Öffnung des Landes zu, so muss dem Rechnung getragen werden. Dass aber ausgerechnet jener Li Peng, der für das Massaker in Peking im Sommer 1989 verantwortlich zu machen ist, offenbar wieder salonfähig wird, ist eine Ohrfeige für jene, die einen Massenmörder auch als solchen bezeichnen. ms

Die Minderheiten- und Nationalitätenfrage in Europa wird immer mehr zu einem brisanten Thema. Das zeigten nicht erst die Ereignisse in Jugoslawien, sie treten überall in den zentral- und osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Sowjetunion zutage. Das Schwergewicht der vorliegenden Nummer ist deshalb auch dieser Frage gewidmet.

Dazu hat Peter Sager eine Arbeit verfasst, die in diesen Tagen als SFD-Schriftenreihe Heft 1 in deutscher und russischer Sprache publiziert wird. Er hat darin das Phänomen zunehmender autonomistischer Tendenzen hüben und Sezessionsbekundungen drüben analysiert und ist dabei zum Schluss gekommen, dass beide Erscheinungen gleichen Ursprungs sind. Wir haben dazu auf den folgenden Seiten die Einführung zur Schrift von Markus Herzig abgedruckt.

Ein «Minderheitenproblem» ganz anderer Art beschreibt Pfarrer Eugen Voss, ehemals Präsident von Glaube in der 2. Welt, in seinem Bericht über ein besonderes Kinderheim in St. Petersburg. Eindringlich beschreibt er die Erblasten eines Systems, das den Menschen als Material im Dienste einer Ideologie verstand und benutzte. Es geht um «defekte» Kinder, die, von ihren Müttern verlassen, in Heime gesteckt und meist von der sowjetischen Psychiatrie als «debil» eingestuft und behandelt wurden.

Schliesslich bringen wir den Beitrag eines Rumänen, der den Zustand des Landes beschreibt und die politische Lage analysiert. Ergänzt haben wir diese Schilderungen durch ein Interview mit der rumänischen Oppositionspolitikerin Smeranda Enache, die vorige Woche in der Schweiz weilte. Sie setzt sich vor allem für den Schutz der Minderheiten in ihrem Land ein, das als eines der wenigen ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion (noch?) einen autoritären Kurs fährt.

Trotzdem ist Pessimismus nicht angezeigt. Das zeigen die Ausführungen von Ständerat Willy Loretan, die er im Zusammenhang mit dem zweiten Osteuropakredit des Bundes gemacht hat, und die wir, weil es hier um Grundsätzliches zum Thema Brückenschlag geht, auch unter dieser Rubrik publizieren – zusammen mit einem Kalender über die in diesem Jahr in Moskau vorgesehenen Industrieausstellungen.

Monika Scherrer